

"Wir wissen genau, was zu tun ist"

Die grün-rote Bildungspolitik in Baden-Württemberg setzt auf sanfte Reformen, frei von ideologischem Zwang.

VON Jan-Martin Wiarda | 20. April 2011 - 08:00 Uhr

© Marijan Murat/dpa



Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) im Landtag in Stuttgart.

Als Marion Schick Mitte vergangenen Jahres bei einem Wissenschaftlerteam um den Bildungsforscher Jürgen Baumert ein Expertengutachten zur Bildungsgerechtigkeit in Auftrag gab ([siehe Interview](#)), war sie neu im Amt und guten Mutes, eine Weile Kultusministerin von Baden-Württemberg bleiben zu können. Der Rat der Bildungsforscher, so Schicks Hoffnung, würde ihr Anhaltspunkte geben, vielleicht sogar Leitlinien für die großen Projekte der nächsten Jahre. Doch es kam anders, und die öffentliche Präsentation der Studie wurde zu Schicks vorgezogenem Vermächtnis: Voraussichtlich am 12. Mai wird im Stuttgarter Landtag eine neue Regierung aus Grünen und Sozialdemokraten vereidigt. "Natürlich ist es schade, dass ich die Umsetzung der Empfehlungen nicht mehr selbst anpacken kann", sagt die scheidende Ministerin. "Ich glaube aber, dass die neue Regierung klug genug ist, viele der Ratschläge zu beherzigen."

Unter den potenziellen Nachfolgern Schicks werden zwei Namen häufig genannt: Theresia Bauer von den Grünen und Gabriele Warminski-Leitheußer von der SPD. Beide gelten als kenntnisreich und pragmatisch. Der Veröffentlichung des Gutachtens sahen sie gelassen entgegen: "Der Wahlkampf ist vorbei, und wir scheuen uns nicht, kluge Empfehlungen führender Bildungsforscher mit dem entsprechenden Respekt zur Kenntnis zu nehmen – egal, wer sie in Auftrag gegeben hat", sagt Bauer, 46, seit 2002 stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Landtag.

Warminski-Leitheußer, 48, derzeit Mannheimer Bürgermeisterin für Bildung, Jugend, Sport und Gesundheit, meint: "Ich habe keine ideologischen Barrieren, natürlich schaue ich mir das genau an." Und nach dem Lesen der Empfehlungen Baumerts sagt sie: "Die Studie ist eine wunderbare Bestätigung unseres zukünftigen Regierungsprogramms. Sie zeichnet ein sehr differenziertes Bild und benennt genau das, was wir vorhaben." Theresia Bauer empfindet das ähnlich: "Die Studie ist sehr inspirierend. Warum hat man sie uns nur so lange vorenthalten?"

Schon vor der Veröffentlichung des Gutachtens war Warminski-Leitheußer jedoch klar: "Wir wissen genau, was zu tun ist." Im Wesentlichen seien das drei Dinge, befinden Bauer und Warminski-Leitheußer unisono: Ein massiver Ausbau der vorschulischen Bildungsangebote, längeres gemeinsames Lernen und mehr gebundene Ganztagschulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht. Tatsächlich sind das Themen, die sich auch in Baumerts Gutachten wiederfinden. Eine Schulstrukturreform, etwa in Form der Einführung von Gemeinschaftsschulen mit gemeinsamem Lernen bis Klasse zehn, sparen die Experten dagegen bewusst aus.

Noch-Ministerin Schick findet das gut: "Die Empfehlungen zeigen, dass die Gliederung des Schulsystems nicht die entscheidende Frage ist." Die Ansage der Experten sei eine andere, so die CDU-Politikerin. "Sie fordern von uns den Mut, in speziellen Stadtvierteln durch zusätzliche Programme in die Schulen zu investieren. Das heißt: Wir müssen die Illusion einer flächendeckend gleichen Schulpolitik beenden und uns nach den Gegebenheiten vor Ort richten." Doch auch Warminski-Leitheußer von der SPD sieht das ganz pragmatisch. Sie sagt, die neue Landesregierung wolle es ermöglichen, dass jede Schule auch einen mittleren Abschluss anbieten kann. Gerne in Form einer Gemeinschaftsschule. Es könne aber im ländlichen Bereich auch die Werkrealschule sein, da die Bedingungen nun mal überall anders seien.

Also mehr Geld und Förderung für Schulen in sozial schwächeren Regionen? Es schien so, als hätten die Pläne der kommenden Regierungskoalition in diesem Punkt bisher etwas anders ausgesehen: Denn für Grüne und Sozialdemokraten ist der Umbau des noch recht traditionell gegliederten Schulsystems in Baden-Württemberg ein zentrales Anliegen – allerdings auf behutsame Weise, in Einklang mit Lehrern und Schulträgern, ohne ideologisch verbissenen Zwang. "Wir setzen auf die Initiative derer, die bereit sind, Schule neu zu denken", sagt Gabriele Warminski-Leitheußer. Zur Motivationssteigerung soll es, ähnlich wie von der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen bereits praktiziert, auch finanzielle Anreize geben. Was heißen würde, dass eine reformwillige Schule in einem linksintellektuellen Viertel Freiburgs mehr Geld bekommen könnte als eine Schule in einem sozialen Brennpunkt Stuttgarts, wo die jetzt schon überforderten Lehrer andere Sorgen haben als die Debatte um eine neue Schulphilosophie.

Nach der Lektüre des Gutachtens betont Warminski-Leitheußer jedoch: "Die Studie zeigt, dass wir besonders viel in sozial schwache Regionen investieren müssen." Deshalb sollen ihrer Ansicht nach diejenigen als erstes gefördert werden, die es besonders nötig brauchten.

Das Gutachten des Expertenrats stößt an einem Punkt auf den Widerstand der künftig Regierenden: Während die Wissenschaftler um Jürgen Baumert zumindest die verbindliche Gymnasialempfehlung erhalten wollen, kündigen Grüne und SPD als eine ihrer ersten Maßnahmen deren Abschaffung an. "Wenn man nur den Status quo betrachten und sonst nichts verändern würde, könnte das nach hinten losgehen", sagt Theresia Bauer und bezieht sich damit auf Erkenntnisse der Bildungsforscher, dass Kindern bildungsferner Eltern der Sprung aufs Gymnasium noch seltener erlaubt wird, wenn der Wille ihrer Eltern und nicht der ihrer Lehrer entscheidet. "Wir wollen ein ganz neues Beratungssystem schaffen und die Gymnasien so verändern, dass die Eltern ihnen auch abnehmen, ihre Kinder ernsthaft fördern zu können." Warminski-Leitheußer sagt zur Studie, eine Zahl habe sie beim Thema Grundschulempfehlung aufmerken lassen. Zwar halte sie grundsätzlich daran fest, dass der Elternwille entscheidend sein solle. Dass jedoch 15 Prozent der Eltern die Gymnasialempfehlung für ihre Kinder nicht nutzten, müsse man genauer betrachten. Woran liegt es? Was kann man für die Kinder und ihre Eltern tun?

Wer allerdings angesichts des Expertenplädoyers für die Gymnasialempfehlung glaubt, das Gutachten hätte es in jedem Punkt einer CDU-Ministerin Schick einfacher gemacht, der irrt: Denn die Forscher fordern gleichzeitig die Freigabe der Laufbahnentscheidung für die übrigen Schulformen wie Haupt- und Realschule. »Das hätte in meiner Partei sehr viel Überzeugungsarbeit gekostet«, sagt Schick. Ebenso harsch fällt die Kritik an der Ausbildungsleistung der Unternehmen, also der ureigenen konservativen Wählerklientel in Baden-Württemberg aus. Die Quote derjenigen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhielten, liege über dem Durchschnitt fast aller Bundesländer. Die zwischen Politik und Wirtschaft getroffenen Vereinbarungen würden von den Betrieben unzureichend umgesetzt, so die Experten. Das kratzt am Stolz der Christdemokraten.

Die grün-roten Protagonisten sind sich einig: "Wir haben unsere Ziele, und die verfolgen wir", sagt Warminski-Leitheußer. Dennoch hätte es keinen besseren Zeitpunkt für seine Veröffentlichung geben können. Die Themen, an denen sich die Zukunft des baden-württembergischen Bildungssystems entscheidet, sind damit abgesteckt.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/17/C-Bildungspolitik-Baden-Wuerttemberg>